

## Beschlussprotokoll II

der 16. Sitzung des Bundesrates vom 23. April 1969

### I. Aussprachen

#### Probleme des Nationalstrassenbaus

Herr Tschudi orientiert über verschiedene aktuelle Probleme aus dem Bereiche der Planung und des Ausbaus der Nationalstrassen. Den Ausführungen des Vorstehers des Departements des Innern schliesst sich eine kurze Diskussion an, in der unter anderem auch das Problem der Verkehrskonzeption zur Sprache kommt.

### II. Umfrage

#### Herr Tschudi

- teilt mit, dass der Bundesrat einen weiteren Vertreter des Bundes in den Forschungsrat des Nationalfonds delegieren kann. - Der Rat stimmt der Absicht des Vorstehers des Departements des Innern, dafür Herrn Professor Schuhmacher, Direktor der CIBA-Fotochemie in Aussicht zu nehmen, zu.

#### Herr Spühler

- orientiert über die Vorfälle anlässlich des vom Griechischen Kultur- und Presseattachés im Schweizerhof in Bern geplanten Frühlingsfest, das mit dem zweiten Jahrestag der Machtübernahme durch die Generäle in Griechenland zusammenfiel. Es wurden deshalb Demonstrationen angekündigt und die Polizei war gezwungen, den Eingang zum Schweizerhof abzuriegeln. Wie man vertraulich weiss, war der griechische Botschafter in Bern kein Befürworter dieses Anlasses. Er war am Tage des Festes auch gar nicht in Bern anwesend. Die Polizei wollte auf jeden Fall Zusammenstösse vermeiden, sie konnte aber nicht den individuellen Schutz jedes einzelnen der geladenen Gäste gewährleisten. Es ist denn auch zu gewissen Tätlichkeiten gekommen, so namentlich gegen den Militärattaché der USA und den Botschafter Portugals. Auf eine Beschwerde des Botschafters von Portugal hin hat sich das EPD bei ihm entschuldigt. Leider hat die Griechische Regierung, die es in der Hand gehabt hätte, den Vorfällen zuvorzukommen, nicht Hand zu einer Verschiebung oder Verlegung des Anlasses geboten. Herr Bonvin geht mit dem Vorredner grundsätzlich einig, hält es aber doch für beunruhigend, feststellen zu müssen, dass in unserem Lande gewisse agitateursprofessionnels am Werke sind, die in unserem öffentlichen Leben immer irgendwo Grund zu ähnlichen Auftritten finden werden. Herr Gnägi hält ebenfalls dafür, dass es sich um



- 2 -

eine reine Propagandaaktion des griechischen Attachés handelte, so dass wahrscheinlich keine diplomatischen Schritte zu erwarten sind. Er teilt aber die Beunruhigung von Herrn Bonvin wegen der berufsmässigen Agitatoren, die der öffentlichen Gewalt Probleme stellen, die nicht leicht zu lösen sind. Auch Herr Bundespräsident von Moos hat bei der ganzen Sache kein gutes Gefühl. Auch am Radio wurde die Angelegenheit in einer Art behandelt, die nicht befriedigt, so wenn gewissermassen mit Bedauern festgestellt wurde, dass die Demonstranten zu hart angefasst werden mussten. Bei aller Distanzierung vom heutigen griechischen Regime geht es doch nicht an, die organisierten Agitatoren in dieser Weise als Opfer zu beklagen. Herr Spühler stellt fest, dass die Polizei vor einer sehr schweren Aufgabe stand. Hätte sie versucht, einen Eingang in den Schweizerhof offen zu halten, wäre es mit Bestimmtheit zu einem Krawall gekommen. Sie musste sich deshalb gezwungenermassen auf die Verhinderung von Ausschreitungen beschränken, was ihr gelungen ist. Es wäre etwas ganz anderes gewesen, wenn der Empfang zum Beispiel auf der Botschaft stattgefunden hätte. Im übrigen stimmt Herr Spühler den Bedenken der Voredner wegen des periodischen Auftauchens dieser agitateurs professionnels zu. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Polizei auf Grund der zahlreichen photographischen Aufnahmen, die im Verlaufe der Demonstration gemacht wurden, die Rädelführer zu identifizieren vermag und bei künftigen Anlässen noch besser vorbereitet sein wird. Herr Tschudi verweist auf eine Studie eines gewissen Herrn Häsler, der zahlreiche Jugendliche einvernommen und deren Erklärungen festgehalten hat. Herr Häsler kommt darin zum Schluss, dass es heute eine Gruppe von Jugendlichen gibt, die systematisch die Behörden und die Polizei provozieren wollen, um damit Sympathien für ihre Sache zu gewinnen. Sie gehen von der Annahme aus, dass die Polizei bestimmt Fehler begehen und die Demonstranten dann in den Augen der Oeffentlichkeit als Opfer von deren Brutalitäten erscheinen können. Es ist deshalb gut, wenn die Polizei diesen Agitatoren nicht in die Falle geht und genau abklärt, mit wem sie es zu tun hat. Diese Art der bewussten Provokation ist eine ganz neue Erscheinung. Selbst die zahlreichen früheren Demonstrationen der Komunisten gingen stets von ganz andern Voraussetzungen aus;

- orientiert den Rat über seine Besprechungen in Rumänien. Er verweist auf die durch zahlreiche Pressemeldungen, die während seines Besuches erschienen sind, bereits bekannten Begegnungen, wobei in sehr offenem Geiste gesprochen wurde. Leider beanspruchten die Uebersetzungen jeweils sehr viel Zeit. Die Rumänen sind sehr entschlossen, die Beziehungen zu unserem Lande auszubauen. Glücklicherweise deckt der Tourismus einigermassen das grosse Defizit der Handelsbilanz. In letzter Minute vor seiner Abreise ist dem Chef des Politischen Departements ein Schreiben der Fédération horlogère zugekommen, worin diese ihre Bereitschaft bekanntgab, in Rumänien eine Art Uhrmacherschule ins Leben zu rufen. Auf den Wunsch der Rumänen nach Abschluss eines Kultur-

abkommens musste zwangsläufig negativ reagiert werden, mit Rücksicht auf unsere schweizerische Rechtsordnung in kulturellen Belangen. In politischer Hinsicht unterstrichen die Rumänen ihre starke Tendenz zu vermehrter Souveränität, insbesondere auch gegenüber Sowjetrussland. Sie schätzen die Lage dabei aber sehr realistisch ein. Natürlich kam auch das Thema Sicherheitskonferenz zur Sprache: Die Rumänen legen darauf sehr grossen Wert, verstehen aber unsere Skepsis. Der Chef des Politischen Departements hat im übrigen am 22. April auch den polnischen Vizeausserminister, der ihm in Bern einen Besuch abstattete, vom Standpunkt der Schweiz Kenntnis gegeben. Bezüglich des deutschen Problems erhoffen die Rumänen von einer Anerkennung der deutschen demokratischen Republik eine gewisse Verselbständigung dieses Staates gegenüber der Sowjetunion. Bezüglich der Entwicklung in der Tschechoslowakei sind die Rumänen eher pessimistisch. Herr Bundeskanzler Huber verweist auf das Problem der Begleitung von Bundesräten bei ihren Auslandsreisen durch Vertreter der Presse. Aus einem Missverständnis heraus ist der Besuch von Herrn Spühler in Bukarest kritisiert worden, indem eine Presseagentur von der Annahme ausging, der Vertreter des schweizerischen Fernsehens sei vom Politischen Departement eingeladen und auf dessen Kosten mitgereist. Die Bundeskanzlei beabsichtigt, die Angelegenheit mit den Organen der Bundeshausjournalisten und des Vereins der Schweizerpresse zur Diskussion zu stellen. Aus der kurzen anschliessenden Diskussion ergibt sich, dass der Bundesrat einmütig der Meinung ist, dass es nie in Frage kommen kann, dass Journalisten auf Kosten des Bundes Bundesräte bei ihren Auslandsreisen begleiten. Hingegen soll es jederzeit jedem Journalisten frei stehen, auf eigene Rechnung einem Bundesrat zu folgen, jedoch ohne zu dessen Gefolge zu gehören.

#### Herr Bonvin

- gibt bekannt, dass das Gewerkschaftskartell Zürich dieses Jahr den 1. Mai am Vormittag feiern wird, weshalb zwischen 0830 und 1330 der Verkehr in Zürich lahmgelegt ist. Unter diesen Umständen ist eine zweifache Austragung der Post unmöglich. Die Generaldirektion der PTT wird dies in den nächsten Tagen durch ein Communiqué bekanntgeben;
- gibt bekannt, dass es innerhalb eines Departements wegen der Kompetenzordnung für die Konzessionen zu gewichtigen Differenzen gekommen ist. Die dem Bundesrat bereits einmal unterbreitete Neuordnung muss deshalb sehr rasch in die Tat umgesetzt werden. Auf Wunsch von Herrn Gnägi wird Herr Bonvin das früher erstattete Gutachten von Herrn Hongler nochmals in Betracht ziehen, dann aber dem Bundesrat ohne Verzug einen schriftlichen Bericht mit entsprechenden Anträgen unterbreiten. Es wird unterstrichen, dass die organisatorischen Massnahmen stets streng durch das Organ vorgenommen werden müssen, das nach Gesetz dazu zuständig ist (VED/Bundesrat/Parlament).

Herr Gnägi

- gibt bekannt, dass er am 6./7. Juni 1969 an einer Flugzeugschau in Bourget teilnehmen möchte. Der Bundesrat ist einverstanden;
- verweist darauf, dass er nur ein Exemplar des UNO-Berichts des EPD erhalten hat, was nicht genügt. Herr Spühler stellt fest, dass jedem Departement zwei Exemplare geschickt wurden, dass er aber dem Wunsche von Herrn Gnägi entsprechend dafür sorgen werde, dass jedes Departement mindestens drei Exemplare bekommt. Herr Gnägi macht im übrigen darauf aufmerksam, dass auch die Vernehmlassungsfrist seines Erachtens zu kurz angesetzt wurde. Herr Spühler erklärt sich damit einverstanden, dass am 14. Mai vorerst eine Aussprache durchgeführt werden soll.

Herr Celio

- orientiert den Rat über die Verhandlungen der Kommission des Nationalrates, welche die Vorlage über die Ausrichtung von Teuerungszulagen zu behandeln hatte. Mit einer Ausnahme (Mindestgarantie, die erhöht wurde) hat die Kommission den Anträgen des Bundesrates zugestimmt. Der Bundesrat ermächtigt Herrn Celio, bei der Behandlung im Parlament an den bundesrätlichen Anträgen bezüglich der Mindestgarantie festzuhalten;
- orientiert den Rat über seinen Besuch in Mailand, wo er anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Handelskammer eine Rede hielt. Er hatte dabei Gelegenheit, den hohen italienischen Repräsentanten, darunter Minister Reale, die schweizerische Auffassung zum Integrationsproblem darzulegen. Ferner kam auch das Doppelbesteuerungsabkommen mit Italien zur Sprache, wobei zu sagen ist, dass die Italiener mit einem gewissen Recht auf der Informationsklausel beharren. Die Bankiervereinigung wird hier nachgeben müssen.

Herr Bundespräsident von Moos

- gibt dem Rat Kenntnis von einem Schreiben des Regierungsrats des Kantons Waadt, der eine Aussprache mit einer Delegation des Bundesrates über die présence vaudoise in den Kadern der Armee und in der Militärverwaltung des Bundes wünscht. Der Bundesrat nimmt das Begehren an und bezeichnet den Chef des EMD und den Chef des FZD als Delegation für die Aussprache. Das EMD wird beauftragt, die Eingabe des Regierungsrats des Kantons Waadt in diesem Sinne zu beantworten;
- erinnert an das Schreiben des Rassemblement jurassien mit dem Begehren um eine eidgenössische Intervention. Hier sollte man sich auf eine Bestätigung des Empfangs beschränken. Im übrigen wünscht Herr Petitpierre eine Besprechung mit dem Bundesrat und zwar in aller nächster Zeit. Der Rat ist damit einverstanden und beauftragt die Bundeskanzlei Herrn Petitpierre in diesem Sinne Mitteilung zu machen;

- 5 -

Herr Bundespräsident von Moos (Forts.)

- teilt mit, dass der Besuch des Justizministers von Tunesien infolge Erkrankung verschoben werden muss;
- gibt bekannt, dass die Pressekonferenz, die am Tage des Diners mit der Auslandpresse vorgesehen war, dieses Jahr nach einem Schreiben der Auslandpresse dahinfällt. Am Grundsatz der jeweiligen Durchführung einer Pressekonferenz am Tage des Diners soll aber festgehalten werden;
- gibt Kenntnis von einer Einladung der Versicherungsgesellschaft "Neuchâtoise", die ihr 100-jähriges Jubiläum feiert. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass Herr Bundespräsident von Moos als Vertreter der Landesregierung an diesem Anlass teilnehmen kann, überlässt es ihm aber, den definitiven Entscheid persönlich zu fällen;
- teilt dem Rat mit, dass er an der Sitzung des Bundesrates vom 30. April 1969 nur kurze Zeit teilnehmen können, da die Kommission des Nationalrates für die Revision des Obligationenrechts (Arbeitsvertrag) tagt und seine Präsenz verlangt;
- setzt das Antworttelegramm des Papstes (Besuch in Genf) in Zirkulation. Es wird zudem beschlossen, dieses Telegramm wie auch jenes des Bundespräsidenten zu publizieren.

Herr Bonvin

- verweist auf Gerüchte, wonach die gesamten Bührle-Fabriken an ein amerikanisches Unternehmen verkauft worden seien. Es ergibt sich, dass davon niemandem Näheres bekannt ist.

Herr Bundeskanzler Huber

- gibt Kenntnis von einem Begehren von Nationalrat Baechtold-VD, der die einführenden Referate der Herren Spühler vom 18.1.69 und Schaffner vom 5. und 10.2.69 in parlamentarischen Kommissionen in französischer Uebersetzung wünscht. Die beiden Departemente haben auf diesen Wunsch negativ reagiert, Herr Baechtold ist aber erneut an die Bundeskanzlei gelangt. Herr Bundeskanzler Huber hält dafür, dass es sich hier um eine grundsätzliche Angelegenheit handelt, die zunächst dem Büro des Nationalrates unterbreitet werden sollte. Aus der Diskussion ergibt sich, dass der Rat einmütig diese Auffassung teilt und zur Sache selbst der Ansicht ist, dass solche Uebersetzungen nicht vorgenommen werden sollten;

- 6 -

Herr Bundeskanzler Huber (Forts.)

- gibt Kenntnis davon, dass Herr Generaldirektor Redli einen Entscheid des Bundesrates bezüglich der Abgabe von Fernsehapparaten an Beamte in bestimmten Klassen wünscht. Herr Generaldirektor Redli möchte nichts vorkehren, ohne vorgängig einen grundsätzlichen Entscheid des Bundesrates zu haben. Aus der Aussprache ergibt sich, dass der Bundesrat die Abgabe von TV-Apparaten an hohe Beamte grundsätzlich ablehnt.

25.4.1969 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)